



30. August 2022

Niederschrift

über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz (16/05)
am 4. Juli 2022

im Landtag, Saal 7
Platz der Mainzer Republik 1, 55116 Mainz

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Dauer: 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

Festgestellte Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 25. April 2022
4. Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses
5. Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
6. Bestellung einer/s Leiter/in für die Abteilung Landesjugendamt
hier: Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses gemäß § 7 Abs. 2 AGKJHG
i. V. m. § 3 Abs. 3 Satzung Landesjugendamt
7. Vorlage Nr. 9
Entwurf zur Verwaltungsvorschrift „Ferientermine für die Schuljahre 2024/2025 bis
2029/2030“
8. Vorlage Nr. 10
Entwurf zum Landesgesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes
Rheinland-Pfalz und weiterer berufsrechtlicher Vorschriften (Tischvorlage)
9. Vorlage Nr. 11
Positionspapier des Fachausschusses 2
Thema: Fachkräftemangel
10. Verschiedenes



zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Bähr eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
Anschließend gratuliert der Landesjugendhilfeausschuss Frau Storch und Herrn Neu zum Geburtstag.

Auf Vorschlag des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration soll Herr Rudi Neu (Landesjugendpfleger) als weiteres beratendes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss berufen werden. Er tritt die Nachfolge von Herrn Beer an.

Das Benehmen im Landesjugendhilfeausschuss wird einvernehmlich hergestellt. Herr Neu wird einstimmig in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt.
Die Urkunde wird durch Herrn Bähr übergeben.

zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist auf die kurzfristige Änderung und Ergänzung der Tagesordnung um den TOP 6 hin.

Die Tagesordnung wird ohne weitere Änderungen festgelegt.

zu TOP 3: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 25. April 2022

Die Niederschrift über die Sitzung am 25. April 2022 wird ohne Änderungen einstimmig angenommen.

zu TOP 4: Information aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Fachausschuss 1

Herr Steinberg berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 1 am 8. Juni 2022. Es wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

Der Vorsitzende Herr Bähr ergänzt erklärend, dass Frau Zeller im Rahmen der Ukraine-Krise die Aufgabe als Beauftragte des Landesamtes zur Koordinierung der unterschiedlichen Themenkomplexe im Jugendbereich übernommen habe.

Fachausschuss 2

Der Vorsitzende gratuliert Herrn Prof. Haderlein zum Vorsitz und Herrn Eisenstein zum stellvertretenden Vorsitz im Fachausschusses 2.

Herr Prof. Haderlein berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses 2 am 9. Juni 2022. Es wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

Bezüglich des neuen Zertifikats „Kita-Sozialraumarbeit“ der Hochschule Koblenz bittet Herr Prof. Haderlein, dieses in einer der nächsten Sitzungen dem Landesjugendhilfeausschuss vorstellen zu dürfen.

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Bundschuh zum zugrundeliegenden Inklusionsbegriff in Bezug auf die Arbeitsgruppe „Inklusion“, erklärt Herr Prof. Haderlein, dass sich der Fachausschuss 2 auf den weiten Inklusionsbegriff aus dem Kita-Gesetz sowie den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“ beziehe.

Fachausschuss 3

Aus der Sitzung des Fachausschusses 3 am 13. Juni 2022 berichtet Frau Völcker. Es wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

Zusätzlich beschäftigte sich der Fachausschuss 3 mit der aktuellen Lage der Geflüchteten aus der Ukraine, wobei die Verwaltung des Landesjugendamtes den Bericht zum derzeitigen Sachstand übernahm. Außerdem informiert Frau Völcker zum neusten Stand im Projekt „Digitalisierung in den Hilfen zur Erziehung“. Der Bescheid zur Durchführung des Projektes ist erteilt und Projektleiter Herr Prof. Bastian von der Universität Koblenz-Landau wird in Kürze einen Aufruf zur Interessensbekundung starten. Sie hofft auf interessierte Jugendämter in Kooperation mit den entsprechenden Einrichtungen und bittet um eine engagierte Teilnahme.

Aus Anlass des Vortrages des Landeskriminalamtes zur polizeilichen Kriminalprävention im Fachausschusses 3 empfiehlt Herr Bähr, sich mit der Medienanstalt Rheinland-Pfalz zum Thema „Präventionsangebote zum Thema Kinderpornografie / Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ in Verbindung zu setzen. Die Medienkompetenz gehöre seiner Meinung nach zu einer der entscheidenden und für die Demokratie wichtigen Fähigkeiten.

zu TOP 5: Information der Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes

Der Vorsitzende informiert, dass die Vertreter und Vertreterinnen des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration heute nicht anwesend sein können. Daher wird Frau Egger-Otholt stellvertretend berichten.

Zunächst informiert Frau Reinert-Benedyczuk aus dem Ministerium für Bildung zu folgenden Punkten:

- **Förderung der frühkindlichen Bildung**

Das Bundeskabinett hat sich darauf verständigt, die Mittel zur Förderung der frühkindlichen Bildung im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes in Höhe von 2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt jeweils für die Jahre 2023/2024 zu verstetigen.

Frau Roth ergänzt, mit der Einigung zwischen Bund und Ländern kann das neue Gesetzgebungsverfahren erfolgen, denn das KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbes-

serungsgesetz endete zum 31. Juni 2022. Im Anschluss an das Gesetzgebungsverfahren werden die Verträge mit den Ländern angepasst, wobei dies im Fall Rheinland-Pfalz lediglich eine Fortschreibung bedeuten würde. Danach erfolgt unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände sowie der Organisationen und Verbände der freien Träger die Erarbeitung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes zwischen dem Bund und den Ländern, in das das Gute-Kita-Gesetz überführt werden soll. Es wird ein zügiges Verfahren angestrebt, um zum Ende der Legislaturperiode des Bundes im Jahr 2025 den Gesetzgebungsprozess abschließen zu können. Frau Roth merkt an, dass das Land Rheinland-Pfalz zusammen mit Nordrhein-Westfalen den Vorsitz in der „Arbeitsgemeinschaft Kita“ der JFMK führe und somit die Prozesse der Länder direkt mitgestalten könne.

▪ **Änderung der Ausführungsverordnung zum Kita-Gesetz**

Das Ministerium hat in der Ausführungsverordnung zum Kita-Gesetz zwei Änderungen auf den Weg gebracht. Zum einen sollen die Einsatzzeiten für Vertretungskräfte bis 2028 verlängert werden, um den Trägern Planungssicherheit zu geben. Die Regelung, nach derer zwei pädagogische Fachkräfte auf dem Bildungsniveau eines Erziehers oder einer Erzieherin gleichzeitig in den Einrichtungen anwesend sein müssen, wird aufgeweicht. Künftig wird es möglich sein, die Betreuung in Anwesenheit einer entsprechenden pädagogischen Fachkraft mit Unterstützung einer weiteren Fachkraft sicherzustellen. Das Verfahren befindet sich noch im Abstimmungsprozess.

▪ **Musterraumprogramm für den Neubau von Kitas**

Frau Reinert-Benedyczuk erinnert an die in der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 21. Juni 2010 verabschiedete Orientierungshilfe „Raumkonzepte für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“. Auf Grund von Prüfungen des Landesrechnungshofes hatte das Ministerium 2018 die Aufforderung seitens des Landtages erhalten, ein neues Musterraumprogramm für den Neubau von Kindertageseinrichtungen zu erarbeiten.

Das Ministerium bittet den Landesjugendhilfeausschuss, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen und die bestehende Orientierungshilfe zu überarbeiten.

Auf Bitten von Herrn Bähr zum Sachstand „Geflüchtete aus der Ukraine“ berichtet Frau Reinert-Benedyczuk, dass mit Stand vom 27. Juni 2022 408 Kinder in Kitas in 28 Jugendamtsbezirken untergebracht worden sind. Es gebe einen leichten Rückgang an Familien, da einige wieder in ihre Heimat zurückkehren. Die Möglichkeit der Geflüchteten, arbeiten zu können, habe bisher allgemein nicht zu einem Anstieg des Bedarfs an Kita-Plätzen geführt. Dagegen befinden sich deutlich mehr geflüchtete Kinder in Schulen, was Frau Reinert-Benedyczuk unter anderem auf das Interesse der Eltern an einer fortlaufenden Schullaufbahn zurückführt. Bisher konnten alle Kinder über alle Schularten verteilt aufgenommen werden. Zudem wurden etwa 30 Lehrkräfte aus der Ukraine eingestellt. Derzeit werde an Lösungen zur schnelleren Anerkennung der ausländischen Bildungsabschlüsse gearbeitet. Es werde geprüft, während des Anerkennungsverfahrens Personen mit entsprechenden Abschlüssen für ein Jahr in der Wertigkeit einer Sozialassistentin oder Sozialassistenten einzugruppieren, um diese schnellstmöglich in ein adäquates Beschäftigungsverhältnis bringen zu können.

Herr Leßmeister bittet das Bildungsministerium bezüglich der Aufnahmestatistiken der geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine, analog zu den statistischen Nachweisen der Corona-Notprogramme, wöchentlich die Aufnahmezahlen der Flüchtlinge zu erhalten. Dies würde den Kommunen helfen, handlungsschneller reagieren zu können und die zahlreichen Presseanfragen zu beantworten.

Herr Vicente weist darauf hin, dass die Zahl der geflüchteten Kinder in Schulen schon allein aufgrund der Schulpflicht deutlich höher sei als im Kita-Bereich. Seiner Meinung nach sei es in Bezug auf den Arbeitsmarkt jedoch nur eine Frage der Zeit, bis sich dies ändere, da unter anderem eine große Nachfrage an Sprachkursen bestehe, die der erste Schritt in Richtung Berufstätigkeit seien.

Große Sorgen bereite ihm die intensive Diskussion über die gefühlte Ungleichbehandlung geflüchteter Menschen aus anderen Teilen der Welt gegenüber ukrainischen Flüchtlingen aufgrund der EU-Richtlinie, die es den Menschen aus der Ukraine erlaube, schnell aus dem Krisengebiet auszureisen und in europäischen Ländern Schutz zu suchen. Dadurch entstehe das Gefühl einer Benachteiligung in der Gesellschaft.

Frau Detering mahnt, darauf zu achten, was in der Gesellschaft diskutiert werde und was den Fakten entspreche. In den Jobcentern werde niemand aufgrund seiner Nationalität benachteiligt. Aktuell würden alle Geflüchteten in das System gemäß SGB II überführt, dies betreffe bundesweit rund 220.000 Menschen. Dabei müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden, erst danach könne das Jobcenter Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt ergreifen. Frau Reinert-Benedyczuk bestätigt, dass keinerlei Bevorzugung der ukrainischen Flüchtlinge im Kita-Bereich gebe. Man bemühe sich als Gesellschaft, allen Geflüchteten gleichmäßig die nötigen Hilfen zukommen zu lassen.

Frau Egger-Otholt berichtet stellvertretend für das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration zu folgenden Punkten:

- **Programm „Begegnungsräume für geflüchtete Menschen und Familien“**
Durch das Programm „Begegnungsräume für geflüchtete Menschen und Familien“, das sich an alle Flüchtlingsfamilien richtet, wird den Familieninstitutionen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit gegeben, Angebote für die geflüchteten Familien zu organisieren. Bisher wurden 34 Anträge in einer Gesamthöhe von 280.000 Euro gestellt. Die Projekte umfassen dabei viele verschiedene niedrigschwellige Angebote für Kinder und Erwachsene, die den Eltern ermöglichen sollen, Angebote wahrzunehmen und ihre Kinder in einer guten Obhut zu wissen.
- **Unbegleitete Minderjährige und Heime**
Im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen halten sich derzeit 218 Geflüchtete aus der Ukraine und 152 Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern in Rheinland-Pfalz auf. Insgesamt nähert man sich bei den Zahlen der unbegleiteten Minderjährigen langsam aber stetig dem Stand von 2017 an.
Für die evakuierten ukrainischen Kinderheime wurde in den letzten Wochen und Monaten eine Landesverteilstelle aufgebaut. Es befinden sich etwa 100 Kinder und Jugendliche im Rahmen dieser evakuierten Heime in Rheinland-Pfalz, wobei

es sich um acht große Pflegefamilien mit bis zu 15 Kindern handelt. In der Bundesverteilstelle werden mittlerweile auch die Betreuungspersonen miterfasst, wobei noch überlegt wird, ob diese auf die Quote angerechnet werden sollen. Das Land Rheinland-Pfalz erfüllt seine Quote zu 60 % bis 80 % (je nach Zählweise).. Wenn große Gruppen ankommen würden, können diese zunächst in einer durch das Land vorgehaltenen Immobilie namens „Youtel“ untergebracht werden, berichtet Frau Egger-Otholt.

- **Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe**
Am 27. Juni 2022 fand eine [Auftaktveranstaltung](#) zum Beteiligungsprozess des Bundesfamilienministeriums zur Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe statt. In der Veranstaltung ging es zunächst um die Identifikation von Themen, die anschließend in verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet wurden. Nachfolgend wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie der Plan für die nächsten Schritte des Beteiligungsprozesses vorgestellt. Die Länder und Kommunen sowie freie Träger werden ab Herbst entsprechend eingebunden. Das Bundesfamilienministerium wird eine Geschäftsstelle einrichten. Der gesamte Prozess wird durch Forschungen begleitet. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis 2025 abgeschlossen sein.

Herr Leßmeister appelliert bezüglich der Debatte um Berücksichtigung der unbegleiteten Minderjährigen auf die Anrechnung der Flüchtlingsquote. Er bittet darum, auf eine gleichmäßigere Verteilung auf die anderen Landkreise zu achten.

Frau Egger-Otholt erklärt, dass die unbegleiteten Minderjährigen von der Bundesverteilstelle zwar nicht berücksichtigt werden, in der rheinland-pfälzischen Landesverteilstelle jedoch genau auf die Auslastung der Kommunen geachtet werde.

Für die Verwaltung des Landesjugendamtes berichtet Frau Egger-Otholt als kommissarische Leitung der Abteilung „Landesjugendamt“ zu folgenden Punkten:

- **Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Bereich „Adoption“**
Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auch auf den Bereich „Adoption“ aus. Aktuell muss einer der acht freien Träger, die Kinder aus dem Ausland vermitteln, schließen, da zurzeit keine Kinder aus der russischen Föderation nach Deutschland vermittelt werden dürfen. In Bezug auf die Vermittlung von ukrainischen Kindern gibt es von Seiten der Ukraine derzeit ebenfalls ein Adoptionsverbot.
- **Veranstaltungen**
Es finden wieder Präsenzveranstaltungen statt, die sich nach anfänglichem Zögern großer Nachfrage erfreuen. Die Veranstaltungen befassen sich unter anderem mit der Umsetzung des KJSG. Im Hinblick auf den Herbst ist allerdings auch wieder eine Umstellung auf digitale Veranstaltungen geplant. Das SPFZ wird künftig mit dem Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz kooperieren, wodurch der Zugriff auf die Lernplattform „OpenOLAT“ möglich wird, die den Seminarteilnehmer/innen offenstehen soll. Dabei geht es insbesondere um die Bereiche „Blended Learning“, „Volldigitalisierung“ oder die Ergänzung von Präsenzveranstaltungen durch digitale Elemente.

**zu TOP 6: Bestellung einer/s Leiterin/s für die Abteilung Landesjugendamt
hier: Anhörung des Landesjugendhilfeausschusses gemäß
§ 7 Abs. 2 AGKJHG i. V. m. § 3 Abs. 3 Satzung Landesjugendamt**

Herr Bähr führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt das Prozedere. Der Landesjugendhilfeausschuss muss in Personalfragen bezüglich der Ernennung der/des Präsidenten/Präsidentin oder der Abteilungsleitung des Landesjugendamtes angehört werden.

Dem Landesjugendhilfeausschuss wurde schriftlich mitgeteilt, dass das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung auf Vorschlag des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung beabsichtigt, Frau Iris Egger-Otholt die künftige Leitung des Landesjugendamtes zu übertragen. Herr Präsident Placzek erklärt kurz das personelle Auswahlverfahren.

Im Anschluss stellt sich Frau Egger-Otholt den Mitgliedern mit einem kurzen Überblick über ihren Werdegang und ihre Motivation vor. Sie betont, wie wichtig ihr der Einsatz und der Wille zur Verbesserung des Lebens von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien sei. Durch ihre Arbeit als Rechtsanwältin bringe sie viel Erfahrung von außen mit und habe gelernt, für Menschen mit sehr konträren Sichtweisen tragfähige Lösungsstrategien zu entwickeln und zu verhandeln. Aus dieser Tätigkeit kennt sie auch die Bedürfnisse von Familien, die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Anspruch nehmen, unmittelbar.

Durch die Arbeit als Referatsleitung und stellvertretende Abteilungsleiterin kenne sie die internen Kommunikationswege, die Strukturen und die Behördenkultur.

Sie sehe die Verwaltung als stabiles Gerüst der Arbeit für eine gute Kinder- und Jugendhilfe. Das Besondere an der Abteilung sei das Zusammenwirken von Verwaltung und pädagogischen Mitarbeitenden, die sich in ihren jeweiligen Professionen ergänzen, um die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz durch Beratung und Förderung sowie die Entwicklung passgenauer Angebote zu unterstützen.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt, die Aussprache unter Anwesenheit der Gäste und der Mitarbeitenden des Landesjugendamtes durchzuführen.

Herr Bähr bittet Frau Egger-Otholt, ihre Erwartungen der Zusammenarbeit zwischen Landesjugendhilfeausschuss und Verwaltung zu konkretisieren und mögliche verbesserungswürdige Aspekte zu benennen.

Frau Egger-Otholt erklärt, dass man sich als Verwaltung schon häufiger mit dem Thema befasst habe, wie man die im Landesjugendhilfeausschuss versammelten Kompetenzen noch stärker zur Geltung bringen könne. Man habe mit dem Prozess begonnen, indem Experten eingeladen worden seien, um eine inhaltliche Diskussion anzuregen. Der Prozess wurde leider durch Corona ausgebremst. Sie wünsche sich, dieses Verfahren wieder aufzugreifen und Themen mit externer Begleitung weiter zu diskutieren. Ebenfalls wünsche sie sich, an den Themen dran zu bleiben und mit dem Landesjugendhilfeausschuss Impulse zu setzen, die in den Fachausschüssen vertieft und weiterbearbeitet werden können. Es sei ihr wichtig, gemeinsam gute Lösungen zu entwickeln. Sie sehe sich als eine pädagogisch sozialisierte Juristin und sehe ihre juristische Erfahrung als hilfreich bei der Bewältigung ihrer zukünftigen Aufgaben. Bezüglich der Rolle der Verwaltung habe Frau Egger-Otholt bereits konkrete Punkte, die sie gerne umsetzen möchte.

Nach einem konstruktiven Gespräch fasst der Vorsitzende zusammen, dass die Anhörung des Ausschusses stattgefunden habe. Der Landesjugendhilfeausschuss werde den Personalvorschlag des Ministeriums befürworten.

zu TOP 7: Vorlage Nr. 9

Entwurf zur Verwaltungsvorschrift „Ferientermine für die Schuljahre 2024/2025 bis 2029/2030“

Herr Bähr weist darauf hin, dass es sich bei der Festsetzung der Ferientermine um eine alle paar Jahre wiederkehrende Debatte handle. Er informiert, dass sich die Fachausschüsse vereinzelt bereits mit der Vorlage auseinandergesetzt haben und bittet Herr Steinberg um die Stellungnahme des Fachausschusses 1.

Herr Steinberg erinnert zunächst an seine Stellungnahme für die Ferientermine 2017/2018, in der er dazu riet, nichts zu verändern. Nun würde man wieder zu den alten Terminen zurückkehren, abgesehen von zwei zusätzlich beweglichen Ferientagen. Er selbst favorisiere daher die neuen Regelungen, der Fachausschuss war jedoch nicht einhellig dieser Meinung.

Vor allem wurde kritisiert, dass die Zeit zwischen den Osterferien und den Sommerferien zu lang sei. Für die Jugendverbände sei die Abschaffung der Pfingstferien bedauerlich, da diese für Aktivitäten und Freizeiten genutzt würden. Wichtig sei insgesamt, auch wenn es sich hierbei um eine Entscheidung des Bundes handelt, dass es für alle Bundesländer mindestens eine gemeinsame Ferienwoche geben sollte.

In der anschließenden Diskussion informiert Herr Schmidt von der Landesschüler/innenvertretung Rheinland-Pfalz, dass die Änderungen seitens der Schülervvertretungen begrüßt werden. Man sei sich der 16 Wochen Schulzeit bewusst, allerdings gebe es in dieser Zeit auch lange Wochenenden und die insgesamt sechs beweglichen Ferientage, die die Schulen entsprechend nehmen können. Bezüglich dieser Ferientage begrüße man, dass diese auch auf Feste anderer Religionen gelegt werden können. Die Abschaffung der Pfingst- und Winterferien gehe mit einer Verlängerung der Oster- und Weihnachtsferien einher. Letzten Endes gehe es um die Frage, wie gut man sich in den Ferien erholen könne. Zweieinhalb beziehungsweise drei Wochen Ferien sind erholsamer wie nur eine Woche. Er glaube, dass die 16 Wochen Schulzeit auch eine Möglichkeit darstellen, Klausuren-Phasen zu entzerren, sodass sich die Schüler/innen auf die einzelnen Klausuren besser vorbereiten und nachhaltig lernen können.

Frau Döhler beleuchtet die Lage aus der Sicht der Eltern. Viele Eltern würden sich darüber beschweren, dass bereits sechs Wochen nach den langen Sommerferien wieder zwei Wochen Herbstferien folgen. Dies hätte zur Folge, dass die ersten Klausuren kurz nach Beginn des Schuljahres folgen oder kurz nach den Herbstferien. Daher empfänden viele Eltern das erste Halbjahr als zu stressig und das zweite Halbjahr als zu langgezogen, was in der Summe wenig produktiv sei.

Frau Reinert-Benedyczuk erinnert, dass die Entscheidung zur Rückkehr zu den alten Strukturen nach der Anhörung aller offiziellen Vertreter/innen getroffen wurde. Es sei

der eindeutige Wunsch der Lehrkräfte gewesen, die Pfingst- bzw. Winterferien abzuschaffen und zum alten System zurückzukehren. Sie sei daher froh, dass sich der Vertreter der Landesschüler/innenvertretung Rheinland-Pfalz für die neue Verwaltungsvorschrift ausgesprochen habe und bittet die Anwesenden die Entscheidung zu akzeptieren.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Entwurf zur Verwaltungsvorschrift „Ferientermine für die Schuljahre 2024/2025 bis 2029/2030“. Die Verwaltung des Landesjugendamtes wird gebeten, die genannten Punkte in einer Stellungnahme zusammenzufügen.

zu TOP 8: Vorlage Nr. 10

Entwurf zum Landesgesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Rheinland-Pfalz und weiterer berufsrechtlicher Vorschriften (Tischvorlage)

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Aufgrund der Kurzfristigkeit und der knappen Frist zur Stellungnahme, wodurch eine Besprechung in den Fachausschüssen nicht möglich war, wurden die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses und der Fachausschüsse per E-Mail gebeten, Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Frau Zapp hat dazu eine Synopse erstellt. Herr Bähr bittet Frau Zapp um Informationen zum aktuellen Stand.

Frau Zapp berichtet, dass sie sich bemüht habe, alle Gesetzesänderungen in die Synopse einzufügen. Es handele sich größtenteils um redaktionelle Anpassungen. Nachfolgend erläutert sie die wesentlichen Änderungen:

- Die vorzulegenden Unterlagen können nun in elektronischer Form eingereicht werden. Zudem wird auf die Beglaubigung in Papierform verzichtet. Diese könnten jedoch bei berechtigten Zweifeln nachgefordert werden.
- In Bezug auf das beschleunigte Verfahren zum Gleichwertigkeitsfeststellungsgesetz in den Fällen zum § 81a Aufenthaltsgesetz kann die Ausländerbehörde die entsprechenden Anerkennungsstellen anschieben und einen Feststellungsbescheid innerhalb von zwei Monaten verlangen. Hierzu trifft sie eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, der ein berechtigtes Interesse an einer Einstellung vorbringt. Die verkürzte Frist bedeute für die Behörden einen erhöhten Arbeitsaufwand.
- Es besteht über bestimmte Service-Portale die Möglichkeit auf einen einheitlichen Ansprechpartner, der als Kontaktperson für die mit dem Verfahren betrauten Behörden dient, wodurch die Antragstellenden entlastet werden sollen.

Herr Bähr merkt an, dass die Nachweispflicht von Dokumenten für geflüchtete Menschen ein sehr großes Problem darstelle, da es lange dauere, bis die Konsulate die benötigten Unterlagen ausstellen. In Verbindung damit seien auch die einzuhaltenden Fristen problematisch.

Abschließend lobt der Vorsitzende Frau Zapp für ihre Arbeit. Er kritisiert, dass man oft mit sehr kurzfristigen Themen konfrontiert werde, die für viele Menschen sehr wichtig

seien und schlägt vor, die von ihm genannten Kritikpunkte als Stellungnahme weiterzugeben.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Entwurf zum Landesgesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Rheinland-Pfalz und weiterer berufsrechtlicher Vorschriften. Die Verwaltung des Landesjugendamtes wird gebeten, die genannten Punkte in einer Stellungnahme zusammenzufügen.

**zu TOP 9: Vorlage Nr. 11
Positionspapier des Fachausschusses 2
Thema: Fachkräftemangel**

Herr Bähr führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es liegen als Diskussionspunkte ein Positionspapier des Fachausschusses 2 zum Thema „Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten“ sowie ein Impulspapier des Fachausschusses 3 zum Thema „Fachkräftemangel in den Hilfen zur Erziehung“ vor. Unter dem Thema „Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“ wurde bereits das Positionspapier des Fachausschusses 1 im Landesjugendhilfeausschusses 19. Juni 2017 verabschiedet.

▪ **Vorlage des Fachausschusses 2**

Herr Prof. Haderlein stellt das Positionspapier des Fachausschusses 2 vor. Auf Grund des Auftrages des Landesjugendhilfeausschusses befasste sich der Fachausschuss 2 mit dem Thema „Fachkräftemangel“. Der Fachausschuss sieht einen dringenden Handlungsbedarf in der Erhaltung der vorhandenen Fachkräfte und hat deshalb das vorliegende Positionspapier entwickelt. Inhaltlich gehe es in dem Papier um kurzfristig umzusetzende Maßnahmen, durch die die Mitarbeitenden im System gehalten, das Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungsabschlüsse beschleunigt und die Trägerqualität verbessert werden würden. Das Positionspapier soll dabei als Anstoß zu weiteren Ideen und zur Erarbeitung eines einheitlichen Votums an die Politik und die entsprechenden Entscheidungsgremien dienen.

Die Ideen zu mittel- und langfristigen Maßnahmen wolle der Fachausschuss 2 in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen 1 und 3 oder übergreifend mit dem Fachausschuss 4 erarbeiten.

▪ **Vorlage des Fachausschusses 3**

Frau Völcker berichtet, dass das Impulspapier auf Anregung einiger Mitglieder des Fachausschusses 3, die auch im Fachausschuss 2 mitwirkten, erarbeitet worden ist. Durch das Papier wolle der Fachausschuss 3 die Wichtigkeit einer Gesamtstrategie verdeutlichen, die alle Arbeitsfelder, in denen pädagogische beziehungsweise sozialpädagogische Fachkräfte tätig sind, abdecke.

In der Einleitung werde zunächst die aktuelle Lage beschrieben. Anschließend werden erste Empfehlungsimpulse in Bezug auf die landespolitische Relevanz genannt. Letztlich sei es die Idee des Fachausschusses 3 gewesen, dafür zu sorgen dem Thema fortlaufend die Wichtigkeit und Wertigkeit zu geben, die es brauche.

Daher bittet der Fachausschuss 3, dass sich der Fachausschuss 4 ausschussübergreifend dazu berät und gegebenenfalls detaillierte Arbeitsaufträge an die Fachausschüsse vergibt. Diese sollen dann Beschlussempfehlungen erarbeiten, die anschließend in den Landesjugendhilfeausschuss eingebracht und abgestimmt werden.

▪ **Fachausschuss 1**

Herr Steinberg erinnert an das Positionspapier des Fachausschusses 1 „[Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen](#)“. Seit dieser Zeit habe sich die Situation weiter verschärft. Er weist darauf hin, dass die Jugendarbeit in der Ausbildung kaum noch eine Rolle spiele und hält es für sinnvoll, sich im Fachausschuss 4 übergreifend mit dem Thema auseinanderzusetzen. Der Fachausschuss 1 werde sich noch einmal mit dem alten Papier befassen. Herr Steinberg ist sich unsicher, ob es sinnvoll wäre, das Positionspapier des Fachausschusses 2 heute zu beschließen.

Der Vorsitzende Herr Bähr resümiert, dass es in allen sozialen Berufen unbestritten einen Fachkräftemangel gebe. Er hält die Frage der Fachkräftegewinnung für so zentral, dass er im Fachausschuss 4 vorschlagen möchte, die drei Positionspapiere zusammenzuführen. Des Weiteren würde er gern zu einem Workshop oder Gesprächstag einladen, bei dem sowohl die entsprechenden Ministerien als auch die Fachausschussmitglieder anwesend sein sollen, um die angedeuteten Widersprüche und Prioritäten gemeinsam zu erörtern. Das Ziel sei die Erstellung eines gemeinsamen Papiers.

Herr Prof. Haderlein betont, dass die Erstellung eines gemeinsamen Papiers auch im Sinne des Fachausschusses 2 liege, weist aber dennoch auf die Wichtigkeit des vorliegenden Positionspapiers hin und bittet den Ausschuss, das Papier zu beschließen. Das Thema sollte weiterhin im Fachausschuss 4 grundlegend erörtert werden.

Frau Detering weist darauf hin, zwischen der Erhaltung von Fachkräften im System und der Gewinnung neuer Fachkräfte zu unterscheiden. Sie sei der Meinung, dass schnelle Erfolge nicht möglich seien, sondern ein ganzes Maßnahmenbündel gebraucht werde.

Herr Bähr schlägt folgende Formulierung vor:

„Der Landesjugendhilfeausschuss sieht im Fachkräftemangel im sozialen Bereich ein erheblich gesellschaftspolitisches Problem und wird dazu ausführlich Stellung nehmen. Im Blick auf die jetzige Situation und angesichts der Tatsache, dass es einen Rechtsanspruch der Kinder auf einen Ganztags-Kita-Platz gibt, halten wir aber auch das Papier des Fachausschusses 2 als politisches Signal für richtig und wichtig, zumal es sich mit der Frage beschäftigt, wie Personal gehalten werden kann.“

Herr Prof. Haderlein und Frau Völcker sind mit dieser Formulierung einverstanden. Herr Bähr betont abschließend, dass es zwar viele gute Gesetze gebe, aber diese aufgrund von Personalmangel und des Fehlens eines strukturierten Ausbildungsplans

nicht entsprechend umgesetzt und angewendet werden können. Es sei die Aufgabe des Landesjugendhilfeausschusses, darauf aufmerksam zu machen und gleichzeitig Lösungsvorschläge mit allen Akteurinnen und Akteuren zu erarbeiten.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt mit einer Gegenstimme das Positionspapier des Fachausschusses 2 zum Thema „Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten“. Die Verwaltung des Landesjugendamtes soll das Positionspapier an die betreffenden Ministerien weiterleiten.

Darüber hinaus beschließt der Landesjugendhilfeausschuss einstimmig, das Thema im Fachausschuss 4 zu erörtern.

zu TOP 10: Verschiedenes

Frau Völcker schlägt vor, dass Herr Born kurz über die Beteiligungswerkstatt berichtet, die am vergangenen Wochenende stattfand. Herr Born lobt zunächst das Engagement, die Einsatzbereitschaft und die Initiative der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es gab unterschiedliche Workshops mit verschiedenen Schwerpunkten, die sich unter anderem um die Themen „Kostenheranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe“, „Careleaver“ oder „Geschlechtsprägung/Persönlichkeitsentwicklung“ drehten. Die Workshops seien von einem aufrichtigen, emotionalen und ernsten Austausch geprägt gewesen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde ein neuer Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz gewählt.

Herr Bähr hebt positiv hervor, dass der Bericht eine gewisse Form von Kontinuität bezüglich des Landesjugendhilferats widerspiegele. Er lässt die neuen Akteurinnen und Akteure grüßen und dankt den ausgeschiedenen Ratsmitgliedern. Der Landesjugendhilferat habe bereits Pionierarbeit geleistet und man sei froh, dass das Thema der Partizipation junger Menschen im Landesjugendhilfeausschuss durch den Landesjugendhilferat vertreten werde.

Zum Abschluss weist der Vorsitzende Herr Bähr darauf hin, dass man sich in der nächsten Sitzung mit dem Thema „Armut und Kinder“ auseinandersetzen müsse.

Er bedankt sich für die Anwesenheit und wünscht allen eine gute und erholsame Zeit. Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am 26. September 2022 statt.

Protokollführerin

gez.

Svenja Tegel

stellv. Vorsitzende

gez.

Regine Schuster



Anwesenheitsliste

Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses

am 4. Juli 2022 in Mainz

A: stimmberechtigte Mitglieder

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
1.	Bähr, Albrecht	Giersen, Christiane	✓
2.	Breyer, Eveline	Herder, Waldemar	entschuldigt
3.	Eisenstein, Claus	Frey, Heike	✓
4.	Haderlein, Prof. Dr. Ralf	Pohlmann, Ulrike	✓
5.	Hämmerle, Martin	Siemon, Kathrin	✓
6.	Jeckel, Lisa-Marie	Kunz, Patrick	entschuldigt
7.	Joos, Dr. Magdalena entschuldigt	Bundschuh, Prof. Dr. Stephan	✓
8.	Kettel, Lena	Zink, Sascha	entschuldigt
9.	Krimm, Dr. Barbara	Rodenbüsch, Jörg	✓
10.	Leßmeister, Ralf	Puchtler, Frank	✓
11.	Loch, Bernd	Duttweiler, Miriam	entschuldigt
12.	Lohr, Damian	Paul, Johann	
13.	Marzi, Anke	Kolling, Alexander	✓
14.	Placzek, Detlef	Scharping, Michael	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
15.	Reuber, Matthias	Groß, Jennifer	entschuldigt
16.	Scherer, Manfred	Volk, Ilona	✓
17.	Schuster, Regine	Jennes, Irene	✓
18.	Simon, Michael	Müller, Susanne	✓
19.	Steinberg, Volker	Pötzl, Horst	✓
20.	Storch, Verena	Pich, Franziska	✓
21.	Stuppy, Lisett	Ehmann, Fabian	✓
22.	Ulrich, Jürgen	Bayer, Guido	entschuldigt
23.	Weis, Ute	Herrmann, Dirk	✓
24.	Willius-Senzer, Cornelia	Wink, Steven	✓
25.	Wolf, Marc entschuldigt	Bäumler, Bernd	entschuldigt

B: beratende Mitglieder

26.	Becker, Christian	/	✓
27.	Born, Karn	/	✓
28.	Dehm, Dr. Bodo	Rahe, Sarah	
29.	Detering, Elisabeth	Pohl, Martina	✓
30.	Döhler, Susanne	/	✓
31.	El Abdaoui, Meriem	/	
32.	Geißler-Eulenbach, Iris	/	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
33.	Gerlich, Renate	/	✓
34.	Haase, Robert	/	entschuldigt
35.	Hahn, Ute	/	entschuldigt
36.	Herbert, Markus	/	✓
37.	Kleinhenz, Sabrina	/	✓
38.	Krell, Dr. Matthias	/	
39.	Maus, Verena	Kneip, Carina	✓
40.	Neu, Rudi	/	✓
41.	Orantek, Sonja	/	✓
42.	Pollitt, Dr. Brigitte	/	entschuldigt
43.	Röhlich-Pause, Kerstin	/	entschuldigt
44.	Rösch, Matthias	/	entschuldigt
45.	Rosenstock von Rhöneck, Christa	Cohnen, Andreas	✓
46.	Ryvlin, Valeryan entschuldigt	Schwezzoff, David	✓
47.	Schmidt, Dominik	/	✓
48.	Schott, Elke	Petri-Burger, Antje	entschuldigt
49.	Schumacher, Wolfgang	Donath, Roberta	✓
50.	Skala, Dieter	Knopp, Kerstin	✓
51.	Vicente, Miguel	Colak, Sarah	✓
52.	Völcker, Claudia	/	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
53.	N.N.	Egger-Otholt, Iris	✓
54.	N.N. (MASTD)	/	entschuldigt
55.	N.N. (LEA)	N.N. (LEA)	✓

weitere Teilnehmer/innen

	Reiner-Benedyczuk, Barbara		
	Roth, Xenia		
	Gräff, Karin		
	Michell, Doris		
	Kros, Susanne		
	Grogro, Kirstin		
	Konrad, Nadya		
	Courtial, Elke		



Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	4. Juli 2022
Information aus dem Fachausschuss 1	8. Juni 2022

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Zweite Fachkräftebefragung der (mobilen) Jugendarbeit und (aufsuchenden) Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona	Frau Grossart und Frau Kühnel von der ISM gGmbH stellten dem Ausschuss die wesentlichen Ergebnisse exklusiv vor.	I
Krieg in der Ukraine: Flüchtlingsaufnahme und Situation der geflüchteten Menschen in Rheinland-Pfalz,	Frau Zenner (MFFKI) und Frau Zeller (LSJV) informierten den Ausschuss über die aktuelle Situation.	I
AG „Empfehlung Schulsozialarbeit“ – Vorlage der Anpassung der Empfehlung auf Grundlage des neuen §13a SGB VIII	Der Ausschuss beschließt die von der AG erarbeiteten redaktionellen Änderungen einstimmig.	I
Verwaltungsvorschrift (VV) „Ferientermine für die Schuljahre 2024/2025 bis 2029/2030“	Der Ausschuss diskutiert den Entwurf der VV und die damit verbundenen Änderungen. Er einigt sich nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme.	B
„JES! mit PEP vor Ort 3“	Frau Kodron-Vucic informiert über den aktuellen Stand des Projekts.	I
AG „Empfehlungen der Zusammenarbeit im Kinder- und Jugendschutz“	Frau Leiter berichtet zu den Zwischenergebnissen der AG.	I



Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	4. Juli 2022
Information aus dem Fachausschuss 2	9. Juni 2022

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Ergebnis und Berichterstattung zur Briefwahl des Vorsitzenden des FA 2 und seines Stellvertreters	Es gingen 30 Wahlscheine im LSJV fristgerecht zum 30.05.2022 ein. Prof. Dr. Ralf Haderlein wurde mit 29 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zum 1. Vorsitzenden und Claus Eisenstein ebenfalls mit 29 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zum Stellvertreter gewählt. Beide haben die Wahl angenommen.	I
Bericht der AG Fachkräfte – Vorstellung des Positionspapiers zu den kurzfristigen Maßnahmen	Die überarbeitete Version des Positionspapiers soll in die Sitzung des LJHA am 04.07.2022 eingebracht werden. Dieses Thema wird weiterhin innerhalb der AG bearbeitet und im FA 2 thematisiert werden.	B
Bericht zum Sachstand AG Inklusion	Ein erster Termin wird gesucht.	I
Einsetzen einer AG zur Umsetzung des Auftrags des LJHA, die Empfehlung zur Orientierungshilfe zur Bedarfsplanung in Kindertagesstätten zu überarbeiten	Auch hier wird ein erster Termin gesucht. Es wurde vereinbart, dass an dieser AG die Beteiligung aus der Praxis dringend erwünscht ist und die im FA 2 vertretenen Verbände Personen benennen können, die bereits sind an der Überarbeitung der Orientierungshilfe mitzuarbeiten.	I
Zertifikat Kita-Sozialraum	Prof. Dr. Haderlein stellte das neue Zertifikat "Kita-Sozialraumarbeit" der Hochschule Koblenz vor, welches gleichzeitig auf den Masterstudiengang "Kindheits- und Sozialwissenschaften" als Vertiefung angerechnet werden kann.	I



Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	4. Juli 2022
Information aus dem Fachausschuss 3	13. Juni 2022

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe in RLP	Es fand eine Beiratssitzung der Ombudsstelle statt. Die extern durchgeführte Evaluation soll nach Veröffentlichung auch im FA 3 vorgestellt werden.	I
Schwerpunktthema des Fachausschusses – Fachkräftemangel in den HzE	Der FA 3 hat zur Bearbeitung der Thematik eine AG eingerichtet. Das erarbeitete Themenpapier soll im LJHA vorgestellt werden. Möglichst sollte ein Arbeitsauftrag für den FA 4 erstellt werden.	I
Präsentation des LKA – Präventionsangebote – Kinderpornografie/ Sexueller Missbrauch von Kindern- und Jugendlichen	Die Mitglieder Kneip und Maus stellen dem FA 3 die Präsentation des LKA zur polizeilichen Kriminalprävention vor.	I